Zeitschrift: Schutz und Wehr : Zeitschrift der Gesamtverteidigung = revue pour les problèmes relatifs à la défense intégrale = rivista della difesa integrale

Herausgeber: Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes

Band: 37 (1971)

Heft: 7-8

Artikel: Unsere Militärausgaben und die sicherheitspolitische Lage Europas

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-364568

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kampf Unerlässlichen ausrichten und dazu beitragen, die Disziplin in der Armee trotz des Wandels in der zivilen Umwelt zu festigen.

Im Bereich des Zivilschutzes

hat eine Ende 1965 vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement eingesetzte Studienkommission für Zivilschutz am 30. Dezember 1970 ihren Bericht über die Anpassung der von der Gesetzgebung von 1962 und 1963 geprägten Konzeption des schweizerischen Zivilschutzes eingereicht. Der Bundesrat hat im Januar 1971 von diesem Bericht «Zivilschutzkonzeption 1971» Kenntnis genommen und beschlossen, dass dieser zunächst im Stab und im Rat für Gesamtverteidigung weiter zu behandeln sei. Den eidgenössischen Räten soll in ähnlicher Weise, wie dies mit dem Bericht vom 6. Juni 1966 über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung geschah, von der Konzeption des Zivilschutzes Kenntnis gegeben werden.

Für die wirtschaftliche Kriegsvorsorge

ist in jüngster Zeit ein Ausbau der Rechtsgrundlagen an die Hand genommen worden. Die Revision des Bundesgesetzes vom 30. September 1955 über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge, die in Bearbeitung steht, zielt in erster Linie in zwei Richtungen: Einerseits geht es darum, die Vorratshaltung an lebenswichtigen Gütern vermehrt den Gemeinden zu übertragen, um die Gemeinden in erhöhtem Mass von der täglichen Zufuhr unabhängig zu machen, und anderseits sollen die Uebergangsmassnahmen von der Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft verbessert werden.

Institut für Konfliktsforschung?

In eine künftige strategische Konzeption der Schweiz muss auch der Fragenkomplex der *Konflikts- und Friedensforschung* einbezogen werden, worüber sich die Kommission Schmid in ihrem Bericht nicht äussert. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der Bundesrat am 15. Juni 1970 beschlossen hat, für das mit dem Postulat von Nationalrat Arnold aus dem Jahr 1966 angeregte Schweizerische Institut für Konfliktsforschung und Friedenssicherung eine Projektstudie ausarbeiten zu lassen. Mit dieser Aufgabe hat der Bundesrat alt Botschafter Roy Ganz beauftragt. Der Bericht von alt Botschafter Ganz soll in der nächsten Zeit dem Bundesrat vorgelegt werden.

Der Preis der Sicherheit

Unsere Militärausgaben und die sicherheitspolitische Lage Europas

Die Meinung, die Kosten unserer Landesverteidigung seien recht hoch, ist in unserem Land offenbar verbreitet. Dazu kommt, dass eine schwer abzuschätzende Zahl von Bürgern anscheinend Zweifel hegt, ob diese Ausgaben oder jedenfalls Ausgaben im heutigen Umfang notwendig seien. Diese Vorstellungen oder Zweifel widerspiegelte die Diskussion, zu welcher der Voranschlag des EMD im Nationalrat im vergangenen Dezember Anlass gab.
Diese Haltung gegenüber den Militärausgaben erklärt sich zunächst wohl daraus, dass man sich durch die absoluten Zahlen beeindrucken lässt. Man unterlässt es, diese Zahlen in den Rahmen der öffentlichen Ausgaben unseres Landes (Bund, Kantone, Gemeinden) hineinzustellen, sie, allgemeiner, zu unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten in Beziehung zu setzen. Die Optik wird dadurch verfälscht.

Stabile Militärausgaben

Sobald die Militärausgaben zur Entwicklung der gesamten Bundesausgaben in Beziehung gesetzt werden, wird deutlich, dass die relative Bedeutung der für militärische Zwecke unternommenen Anstrengungen — entgegen dem, was die Militärausgaben für sich allein betrachtet suggerieren mögen — abnimmt. So entsprachen die Ausgaben des EMD 1960 mehr als 35 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes. Mitte des letzten Jahrzehnts entsprachen sie nurmehr 31 Prozent der Gesamtausgaben. Mittlerweile sind sie auf weniger als 25 Prozent abgesunken. Dieser sinkende Anteil der militärischen Aufwendungen an den Gesamtausgaben ist natürlich auf das wachsende Gewicht anderer Aufgaben des Bundes zurückzuführen. Berücksichtigt man die Teuerung, so haben sich die — absolut gesehen zunehmenden — Militärausgaben in Tat und Wahrheit etwa auf dem gleichen Niveau gehalten (0,4 Prozent reale Zunahme unter Einschluss der Teuerung).
Will man nun die Belastung beurteilen können, welche die Militärausgaben wirtschaftlich gesehen für unser Land bedeuten, so muss man sie mit dem Bruttosozialprodukt vergleichen. Die nachstehend aufgeführten Zahlen zeigen eindeutig, dass die bislang auf dem Gebiet der Landesverteidigung unternommenen Anstrengungen immer tragbar waren.

Jahr	Bundesausgaben (in Millionen Franken)	Militärausgaben (in Millionen Franken)	Militärausgaben in % des Bruttosozialprod.
1960	2601	924	2,49
1961	3267	1096	2,64
1962	3684	1264	2,74
1963	4083	1316	2,61
1964	4857	1466	2,64
1965	4920	1533	2,55
1966	5683	1653	2,56
1967	5874	1658	2,41
1968	6447	1598	2,16
1969	7081	1761	2,20

Zu bedenken ist alsdann, dass der Anteil am Bruttosozialprodukt, den die Militärausgaben beanspruchen, in den meisten anderen hochindustrialisierten und wohlhabenden Staaten höher liegt als bei uns. Der jährlich vom Londoner Institute for Strategic Studies veröffentlichten Uebersicht «The Military Balance» (1970/71) zufolge entsprachen die Aufwendungen für die Verteidigung in verschiedenen Staaten 1969 folgendem Prozentsatz des Bruttosozialproduktes: USA 8,6 ; Sowjetunion 8,5; Tschechoslowakei 5,6; Polen 5,0; Grossbritannien 5,1; Frankreich 4,4; Belgien 0,3; Niederlande 3,7; Norwegen 3,8 und Schweden 4,0.

Nun muss aber beachtet werden, dass die Aufwendungen des EMD nicht mit den gesamten finanziellen Anstrengungen zugunsten der Landesverteidigung identisch sind. In Betracht zu ziehen sind einerseits die militärischen Ausgaben der Kantone und anderseits der Beitrag der Wirtschaft in Form von Lohnzahlungen an die Dienstleistenden Wehrmänner (über 300 000 Mann) bzw. Leistungen im Rahmen der Erwerbsersatzordnung. Nach Angaben des Direktors der Eidgenössischen Finanzverwaltung belaufen sich die Leistungen der Wirtschaft auf etwa 500 Millionen. Die von Doppelzählungen bereinigten Ausgaben von Kantonen und Gemeinden bezifferten sich 1967 auf nahezu 30 Millionen. Doch auch wenn man diese zusätzlichen Aufwendungen in Rechnung stellt, erreichten unsere Wehraufwendungen 1969 nicht 3 Prozent eines Bruttosozialproduktes von knapp 80 Mia Franken.

Gibt es eine Bedrohung?

Ist somit offenkundig, dass nicht ernsthaft behauptet werden kann, unsere Militärausgaben stellten eine übertriebene Belastung unseres Budgets dar oder überstiegen unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten, so könnte doch bestritten werden, dass dieses Opfer einem echten Bedürfnis entspreche. In der Tat: Seit einem Vierteljahrhundert herrscht in Europa Friede oder schweigen zumindest die Waffen in diesem Raum. Die atomare Abschreckung hat bisher dazu beigetragen, einen grossen Krieg zu verhindern, und es gibt sie ja weiterhin.

Dem ist entgegenzuhalten, dass sich die potentielle Bedrohung in der jüngsten Vergangenheit in keiner Weise abgeschwächt hat. Im Gegenteil: Die Rüstung der Grossmächte hat eine Verstärkung erfahren, und sie wird weiter verstärkt. Die enormen Anstrengungen, welche die Sowjetunion seit etwa 1965 in bezug auf die Rüstung unternommen hat, haben eine Verschärfung der potentiellen Bedrohung zur Folge.

Aufsehenerregender Zuwachs des sowjetischen Potentials

1966 besass die Sowjetunion etwa 250 operationelle Langstreckenraketen mit Nuklearsprengköpfen. Ein Jahr später hatte sie Verteidigungsminister M. Laird zufolge etwa 570 Langstreckenraketen. 1970 verfügten die beiden Grossen über folgende strategische Mittel:

Strategische Einsatzmittel	USA	Sowjetunion
Langstreckenraketen	1054	1300
U-Boot-Raketen	656	205
(ab Atom-U-Boot eingesetzt)		
Langstreckenbomber	505	140

(Nach «The Military Balance 1970—1971», The Institute for Strategic Studies, London.)

Bei einer Fortsetzung der Indienstnahme von Langstreckenraketen in dem in der letzten Zeit beobachteten Rhythmus könnte die Sowjetunion 1975 über mehr als 2000 solcher Waffen verfügen, während der amerikanische Bestand an derartigen Waffensystemen gleich bleiben wird. Nach amerikanischen Informationen hat die Sowjetunion die Bereitstellung ihrer gefährlichsten Langstreckenraketen, der SS-9, Ende 1970 gebremst. Ob sich darin eine Wende ankündigt, kann noch nicht zuverlässig beurteilt werden. Zu beachten ist aber weiter, dass in den nächsten Jahren mit einer beträchtlichen Verstärkung der sowjetischen Raketen-U-Boot-Flotte zu rechnen ist. Wird der Ausstoss von Raketen-U-Booten der Y-Klasse im bisherigen Rhythmus fortgesetzt, so könnte sich der sowjetische Bestand an Raketen von der Art der amerikanischen Polaris bis 1975 auf 560 bis 800 erhöhen.
Die durch die atomare Abschreckung bewirkte gegenseitige Lähmung der Supermächte auf der nuklearstrategischen Ebene wird aller Voraussicht nach die Gefahr des grossen Atomkrieges in den nächsten fünf Jahren, wie bisher, abwenden. Die Kehrseite ist darin zu sehen, dass in klassische Operationen mit begrenztem Ziel ausmündende Provokationen zumindest theoretisch wahrscheinlicher werden. Der konventionellen Ebene kommt wiederum eine grosse Bedeutung zu. Hier aber sind die Sowjetunion und ihre Satelliten klar überlegen. In Friedenszeiten können die Nato und der Warschauer Pakt im Raum Europa Nord/Mitte (vom Baltikum bis zur allgemeinen Linie österreichische Grenze—Südgrenze der CSSR) folgende Grossverbände einsetzen:

Divisionen	Nato	Warschauer Pakt	Davon sowjetisch
Panzer	8	31	19
Mechanisierte, Luftlande- oder Infanterie	16	38	21

Die Sowjets und ihre Satelliten weisen sowohl hinsichtlich der Kampfpanzer als auch der Kampfflugzeuge eine deutliche Ueberlegenheit auf. Sie haben in diesem Raum etwa 14 000 Panzer, denen auf der Seite der Nato nur 5500 entsprechende Kampffahrzeuge gegenüberstehen.
Diese paar Angaben belegen das Vorhandensein einer potentiellen Bedrohung. Die Ost-West-Entspannung, deren Tragweite vielfach überschätzt wird, ändert nichts daran. Solange diese potentielle Bedrohung festzustellen sein wird, ja man ihre Verschärfung wird feststellen müssen — in den letzten Jahren hat sich die Stärke der sowjetischen Armee von 140 auf rund 157 Divisionen erhöht —, wird eine Herabsetzung unserer massvollen Militärausgaben unverantwortlich bleiben. Dominique Brunner